

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the map of Iran.

Eine zweite Amtszeit im Blick

Hassan Rouhanis beschwerlicher Weg zur Wiederwahl 2017

ADNAN TABATABAI
September 2016

- Im letzten Jahr seiner ersten Amtszeit wächst der Druck auf Hassan Rouhani. Seine Wählerschaft wird er mit einer spürbaren Besserung der Wirtschaftslage überzeugen müssen.
- Im Rahmen der wirtschaftlichen Öffnung muss die Regierung Rouhani einen Spagat meistern zwischen der Generierung von Auslandsinvestitionen sowie der Förderung der nationalen Produktion und eigener Kapazitäten.
- Der innenpolitische Machtkampf vollzieht sich zwischen Prinzipientreuen und Reformern sowie zwischen theokratisch und republikanisch ausgerichteten Vertretern der Systemelite. Das neue Lager der Moderaten kann einen dritten Weg aufzeigen.
- Selbst eine Abwahl Rouhanis würde nicht zu einer Rückkehr zum ideologisch aufgeladenen Populismus der Ära Ahmadinejads führen.
- Die deutsche Politik sollte die politische Dimension des Nuklearabkommens stärken sowie iranische Sicherheitsinteressen bei regionalen Fragen ergründen, ernst nehmen und in den politischen Aushandlungsprozess einbeziehen. Mit einem solchen Ansatz könnte Berlin den schwierigen Ausgleich zwischen Teheran und Riad unterstützen.



Inhalt

Einhaltung der Wahlversprechen 2013	3
Schattenseite des Erfolgs: Ein zugespitzter Machtkampf	5
Errungenschaften und Rückschläge der Bürgerrechtssituation	6
Umkämpftes Wirtschaftswachstum	7
Aufhebung der Sanktionen nur als Teil der Lösung	8
Rückkehr der Populisten in Iran?	9
Gegenkandidaten Rouhanis 2017	10
Externe Einflussgrößen	10
Was kann die deutsche Politik tun?	11

Irans Staatspräsident Hassan Rouhani befindet sich im letzten Jahr seiner ersten Amtszeit. Ihm bleiben etwa acht Monate, um eine Kandidatur für seine Wiederwahl auf die Beine zu stellen. In der Islamischen Republik ist es zwar Tradition, dass Staatspräsidenten die maximale Dauer von zwei Legislaturperioden – also acht Jahre – im Amt bleiben, und man sollte diesen Hang zur Kontinuität sowohl aufseiten der Politik als auch aufseiten der Wählerschaft nicht unterschätzen, dennoch wird sich Rouhani kaum darauf verlassen können. Vielmehr muss er zeigen, dass er weiterhin der richtige Mann für das Amt des Regierungschefs ist. Viel Zeit bleibt ihm nicht, da die Wahlen um einen Monat vorverlegt wurden. Normalerweise finden Präsidentschaftswahlen in Iran Mitte Juni statt. Da zu dieser Zeit im Jahr 2017 jedoch der Fastenmonat Ramadan ansteht, haben sich das Innenministerium und der Wächterrat auf eine Vorverlegung der Wahlen auf den 19. Mai 2017 geeinigt.

Offiziell starten Wahlkampagnen bei Präsidentschaftswahlen in Iran etwa drei Wochen vor dem Wahltermin, da der Wächterrat erst vier Wochen vor der Wahl entscheidet, welche der registrierten Kandidaten überhaupt zugelassen werden. Der eigentliche Wahlkampf startet jedoch wesentlich früher. Der amtierende Präsident positioniert sich – sofern in der ersten Amtszeit – bereits frühzeitig für seine Wiederwahl. Mögliche Kontrahenten versuchen, sich ebenfalls rechtzeitig ins Spiel zu bringen. Der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2017 hat daher im Grunde bereits im Sommer 2016 begonnen.

Die Regierung Rouhani steht unter Druck. Die politischen Widersacher aus dem Lager der Prinzipientreuen (*osulgera*) versuchen mit aller Kraft, Rouhanis größten Erfolg – das Nuklearabkommen mit der Gruppe der »P5+1-Staaten«¹ – als politischen Ausverkauf nationaler Interessen zu diskreditieren. Sie verweisen auf die schleppende wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit der Aufhebung der proliferationsrelevanten Sanktionen und werfen der Regierung Rouhani sowie seinem Außenminister und Verhandlungsführer Djavad Zarif vor, unverhältnismäßige Zugeständnisse gemacht zu haben – vor allem gegenüber den verhassten USA. Diese hielten sich wiederum nicht an die vereinbarten Gegenleistun-

gen, was die Regierung Rouhani nun in die schwierige Position bringt, sowohl das Abkommen als auch die Verhandlungspartner Irans vor derartigen Angriffen schützen zu müssen. Gravierender sind jedoch die Vorwürfe, die Wirtschaft des Landes erlebe seit dem Abkommen keinen sichtbaren Aufschwung. In ähnlicher Manier, wenn auch weniger lautstark, beklagen sogar Rouhanis Unterstützer aus dem Reformlager, dass sich die Situation der Bürgerrechte kaum verbessert habe.

Einhaltung der Wahlversprechen 2013

Hassan Rouhani setzte sich im Juni 2013 bereits in der ersten Runde der Wahlen mit einer absoluten Mehrheit von 50,1 Prozent gegen fünf weitere Kandidaten durch. Seine Wählerschaft überzeugte er damals mit drei, in den Augen der Wähler_innen unerlässlichen Vorhaben: einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung, innenpolitischer Entspannung und einer außenpolitischen Öffnung.

In der Tat war – und ist bis heute – die dringendste Forderung der Wähler_innen die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Land. Besonders die hohe Inflationsrate sowie ein rapider Wertverlust der Landeswährung Rial schwächten zum Ende der zweiten Amtszeit Ahmadinejads die Kaufkraft der iranischen Bürger_innen. Eine zunehmende Zahl staatlicher Unternehmen und Behörden war nicht mehr in der Lage, die Gehälter zu zahlen. Zudem setzte neben hausgemachtem Missmanagement und weit reichender Korruption auch das internationale Sanktionsregime der iranischen Wirtschaft zu. Das Ölembargo der Europäischen Union 2012 sowie die Sanktionen gegen Irans Banken- und Finanzwesen (u. a. gegen die Iranische Zentralbank) wirkten sich sehr negativ auf die Wirtschaft des Landes aus. Einen Kollaps der iranischen Wirtschaft sahen renommierte Ökonomen wie Djavad Salehi-Isfahani allerdings nicht bevorstehen. Dennoch verschlechterten sich die Lebensbedingungen weiter Teile der Gesellschaft merklich, sodass das Herbeiführen eines Wirtschaftsaufschwungs Rouhanis erste Devise bei seinem Amtsantritt war.

Von ebenso großer Bedeutung war für die Wähler_innen die Verbesserung der Bürgerrechtssituation. Hassan Rouhanis Vorhaben, eine weitgehende Entradikalisierung der Innenpolitik in Gang zu setzen, stieß auf große Zustimmung. Rouhani betonte die Notwendigkeit, die Präsenz des Sicherheitsapparates im öffentlichen Leben,

1. Mit den »P5+1« sind die fünf permanenten Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates und Deutschland gemeint. Koordiniert wurde die Staatengruppe zuletzt von der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, sowie zuvor von deren Vorgängerin Catherine Ashton.

in Universitäten und in der Kulturlandschaft zurückzufahren. Auch in den Medien sollte es wesentlich weniger staatlichen Zugriff geben.

Nun war jedoch weitgehend bekannt, dass Hassan Rouhani als Mann aus der Mitte des Sicherheitsapparates weder ein Verfechter von sozialer Gerechtigkeit noch ein Überzeugter Demokrat mit hoher Wertschätzung für Pluralismus sowie politische und kulturelle Freiheiten sei. Doch seine auf nationale Sicherheit fokussierte politische Ausrichtung suggerierte, dass innere Stabilität auch verbesserte ökonomische und gesellschaftspolitische Lebensverhältnisse für die Bevölkerung erfordert, sofern man Aufstände und Unruhen verhindern möchte.

Schließlich kündigte Rouhani ein Ende der internationalen Isolation Irans an. Der Schlüssel hierfür sollte ein Ende des Nuklearstreits sein, der eine weitreichende außenpolitische Öffnung und Versöhnung mit den Weltmächten einleiten würde. Festzuhalten ist, dass bereits vor der Präsidentschaft Rouhanis erste Schritte zur Ermöglichung des Nuklearabkommens eingeleitet worden waren. Ali Akbar Salehi, Chef der iranischen Atomenergieorganisation (AEOI), gab in Interviews bekannt, dass bereits über ein Jahr vor der Wahl Rouhanis zwischen iranischen und amerikanischen Entsandten in Oman Hintergrundgespräche über eine mögliche Beilegung des Nuklearstreits stattfanden. Hassan Rouhani war also nicht der Initiator des Nuklearabkommens, gleichwohl der richtige Mann, um als Präsident dieses Politikum zu seiner Hauptaufgabe zu erklären. Schließlich war Rouhani bereits in den ersten Jahren der Nuklearverhandlungen ab 2003 iranischer Chefunterhändler gewesen und daher mit der Materie bestens vertraut.

Zwei Dinge waren entscheidend für die iranische Bereitschaft, mittels neuer Verhandlungsrunden ein Abkommen anzustreben: erstens, die Anerkennung des iranischen Rechts auf Urananreicherung – vorher bestand vor allem Washington auf eine Position des »zero enrichment«; zweitens einigten sich Iran und die P5+1-Staaten darauf, dass Iran offene Fragen rund um die mögliche militärische Dimension (PMD) des iranischen Nuklearprogramms in einer von den Verhandlungen unabhängigen, vertraulichen Vereinbarung mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) klärt. So konnte einerseits das fehlende Vertrauen Teherans in die IAEA als unabhängige Institution wiederhergestellt werden, andererseits war es für Iran so möglich, Einblicke in Teile seines Militärprogramms zu

gewähren, da es nun keine Einzelstaaten mehr waren, die diesen Einblick erhalten würden. Die Anforderungen für Iran waren damit klar: Eine Reduzierung der Kapazitäten des Nuklearprogramms bei gleichzeitiger Erhöhung der Transparenz gegenüber der IAEA als Kontroll- und Verifizierungsorgan. Das Abkommen vom 14. Juli 2015 wurde in Teheran schließlich mehrheitlich von einem robusten Konsens getragen. Kaum ein Politikum wurde medial so ausführlich und differenziert behandelt und so lebhaft und kontrovers im Parlament diskutiert wie der sogenannte *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA).

Dahinter stehen vor allem sicherheitspolitische und wirtschaftliche Beweggründe. Schließlich bedeutet das Abkommen eine Art schriftlich festgelegten *modus operandi* mit den Weltmächten. Ein Angriffskrieg auf Iran, wie er Anfang der 2000er-Jahre seitens der USA und später von Israel und Saudi-Arabien diskutiert wurde, ist nun ebenso wenig denkbar wie die Fortführung einer offenen »Regime-Change«-Politik. Dies gibt der Islamischen Republik entsprechende Sicherheit. Die wirtschaftliche Kalkulation setzt hingegen auf Auslandsinvestitionen und intensivierten Handelsbeziehungen, die dabei helfen sollen, die Wirtschaft des Landes anzukurbeln. Somit bilden die Säulen »Sicherheit« und »Wirtschaft« die stabilen Stützen des Abkommens in Teheran. Mit einer iranischen Kündigung des JCPOA ist daher auf absehbare Zeit nicht zu rechnen – es sei denn, seitens der P5+1 würden Zugeständnisse nicht eingehalten.

Als Mann aus der Mitte des Sicherheitsapparates ist Hassan Rouhani bestens geeignet gewesen, dieses sicherheits- und wirtschaftspolitische Abkommen als Staatspräsident in die Wege zu leiten. Indem er das Dossier aus dem Hohen Nationalen Sicherheitsrat in das Außenministerium verlagerte, konnte er seinen Außenminister Djavad Zarif zudem als Chefunterhändler der Verhandlungen einsetzen. Andernfalls hätte der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Ali Shamchani die Verhandlungen leiten müssen, der vermutlich weniger diplomatisches Geschick an den Tag gelegt hätte.

Auch wenn der JCPOA ein multilaterales Abkommen ist, waren Iran und die USA die entscheidenden Akteure. Der iranischen Verhandlungsposition kam dabei zugute, dass Außenminister Zarif und AEOI-Chef Salehi beide in den USA studiert hatten. Zudem verbrachte Zarif insgesamt 20 Jahre seiner politischen Karriere in der iranischen Botschaft bei den Vereinten Nationen in New

York. So waren gleich zwei federführende Akteure des iranischen Verhandlungsteams bestens mit der amerikanischen Politik vertraut.

Schattenseite des Erfolgs: Ein zugespitzter Machtkampf

Während das Verhandlungsteam um Djavad Zarif von der Bevölkerung für seinen politischen Erfolg gefeiert wurde, spitzte sich mit dem Abkommen der Machtkampf auf innenpolitischer Ebene zu. Wer glaubte, dass auch die Gegner des Abkommens diesen außenpolitischen Erfolg mittragen und die Regierung Rouhani in ihrer Arbeit fortan unterstützen würden, sah sich getäuscht. Stattdessen nahmen die Angriffe auf Rouhani und seine Regierung weiter zu. Ein Machtkampf, der sich entlang zwei verschiedener Konfliktlinien vollzieht:

Zum einen spielt hier die politische Lagerzugehörigkeit eine Rolle. Neben den bereits bekannten politischen Lagern, den Reformern (*eslahtalab*) und den Prinzipientreuen (*osulgera*), hat sich seit der Präsidentschaft Rohanis ein drittes Lager, das der Moderaten (*e'tedaliun*), gebildet.² Dieses neue Lager setzt sich zusammen aus konservativen Teilen der Reformer sowie progressiven Vertretern der Prinzipientreuen. Die sich daraus bildende neue Kraft der Mitte vermag radikale Kräfte an den Rand zu drängen – vor allem jene Hardliner, die in den acht Jahren unter Ahmadinejad unangefochten die Belange des Landes in der Hand hatten. Die radikalen Kräfte der Reformer – jene, die mit größerem Nachdruck auf Reformen drängen – fühlen sich eher von den Moderaten um Hassan Rouhani vertreten als ihre Kontrahenten aufseiten der Prinzipientreuen. Schließlich erhalten Reformer seit Rouhani überhaupt erst wieder Zugang zur Politik, nachdem sie besonders nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl 2009 fast gänzlich aus der politischen Arena verbannt worden waren.

Neben der politischen Lagerzugehörigkeit existiert auf der anderen Seite auch ein systemischer Antagonismus. Damit ist jene Konfliktlinie gemeint, die sich entlang der Auslegung des politischen Systems vollzieht, und jene Akteure in der politischen Führung betrifft, die im System der Islamischen Republik vornehmlich den republikanischen Charakter in den Vordergrund stellen. Sie zielen

darauf ab, die Bedeutung der repräsentativen, gewählten Institutionen des Systems zu stärken, d. h. Parlament, Expertenrat, Stadträte und die Präsidentschaft. Die bedeutendsten Vertreter dieser Denkschule sind neben Hassan Rouhani die ehemaligen Präsidenten Ali Akbar Hashemi-Rafsanjani (1989–1997) und Mohammad Chatami (1997–2005). Auch der wichtigste Repräsentant der Familie Ayatollah Chomeinis, Hassan Chomeini, gehört zu diesem Spektrum. Sie alle sind ohne Zweifel Verfechter der Islamischen Republik als System, teilen aber die Auffassung, dass das System durch die Stärkung ihres republikanischen Charakters am ehesten erhalten werden kann.

Ihnen gegenüber stehen diejenigen, die besonders den islamischen bzw. theokratischen Charakter des politischen Systems stärken möchten. Dementsprechend sind für diese Seite vor allem die nicht gewählten Institutionen des Systems bedeutend, d. h. Feststellungsrat³, Wächterrat, Justiz und Hoher Rat der Kulturrevolution. Zu den Verfechtern dieser Ansicht sind neben Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei vor allem der Wächterrats- und Expertenratsvorsitzende Ayatollah Ahmad Djannati, Justizchef Ayatollah Sadegh Laridjani sowie die ranghöchsten Kommandeure der Revolutionsgarden zu nennen. Sie alle sehen die Position des Revolutionsführers als die ultimativ zu schützende Institution des politischen Systems, während es ihren Widersachern vornehmlich um den Erhalt des Systems als solches geht, wovon der Posten des Revolutionsführers lediglich ein Element darstellt.⁴

Nach den Wahlerfolgen Rouhans bei der Präsidentschaftswahl 2013, den Parlaments- und Expertenratswahlen 2016 sowie dem außenpolitischen Coup des Nuklearabkommens fühlen sich Teile der Systemelite – die Verfechter des islamisch-theokratischen Charakters des Systems – in ihrer Rolle herausgefordert. Infolge des politischen Erstarkens der Reformer und Moderaten – und damit zusammenhängend dem republikanisch ausgerichteten Teil der Systemelite – fürchten sie um ihre unangefochtene Macht. Vor diesem Hintergrund sind auch die vielen innenpolitischen Herausforderungen und Rückschläge für die Rouhani-Regierung zu verstehen. Das Ziel besteht darin, Rouhani bei der Durchführung seines Regierungsprogramms – vor allem in der Wirtschafts- und Kulturpolitik – klare Grenzen aufzuzeigen.

3. Auch als Schlichtungsrat bekannt.

4. Diskutiert in Tabatabai, Adnan (2013): Die Präsidentschaftswahl und der Kampf um die Deutungshoheit über die Islamische Republik Iran, FES-Perspektive, Juni 2013.

2. Innerhalb dieser Lager formieren sich lose organisierte Parteien. Die Herausbildung dieses dritten politischen Lagers ist Indikator der zunehmend pragmatischen Ausrichtung der politischen Elite.

Errungenschaften und Rückschläge der Bürgerrechtssituation

Bedingt durch diesen systeminternen Machtkampf nimmt die innenpolitische Situation Irans eine paradox anmutende Entwicklung – zum Beispiel hinsichtlich der Menschenrechtssituation. So sehen wir in der Medienlandschaft einerseits einen Zuwachs an publizistischer Vielfalt – sowohl was die Quantität als auch was die Qualität der Medienbeiträge betrifft –, zugleich werden jedoch Journalist_innen eingeschüchtert, Zeitungen und Webseiten geschlossen und Blogger_innen festgenommen. Meist geraten vor allem reformorientierte Medien in das Visier der Staatsmacht, doch sind inzwischen auch ultrakonservative Zeitungen wie *9 Dey* oder *Yalasarat* betroffen, denen zumindest vorübergehend ihre Veröffentlichungslizenz entzogen worden ist.

Was die Kulturszene betrifft, finden seit der Amtsübernahme von Rouhani und unter Kulturminister Ali Djannati⁵ so viele Konzerte, Theaterstücke und Kunstausstellungen in Irans Großstädten statt wie zuletzt unter Reformpräsident Chatami. Dennoch sind immer wieder kurzfristige Absagen von Kulturveranstaltungen zu beklagen, obwohl eine ausdrückliche Genehmigung durch das Kulturministerium vorlag. Diese Konzertabsagen werden von örtlichen Sicherheitsbehörden oder einflussreichen Geistlichen veranlasst. So hat im August 2016 der ranghohe Geistliche Ayatollah Ahmad Alam ol-Hoda gefordert, dass in Maschad – neben Ghom die wichtigste heilige Stadt Irans – keine Konzerte stattfinden sollten. Schließlich sei Maschad eine Pilgerstadt und kein Touristenort. Kulturminister Djannati gab nach und verkündete, sein Ministerium werde für Maschad keine Konzernerlaubnis mehr erteilen. Dies wiederum brachte ihm heftige Kritik durch Regierungschef Rouhani ein, der Djannati dafür kritisierte, sich einem Druck gebeugt zu haben, der auf keiner gesetzlichen Grundlage basiere.

Die Hinrichtungszahlen haben während der Präsidentschaft Rouhanis ein Rekordhoch erreicht. Zwar wurden nicht unbedingt mehr Urteile gesprochen, aber die Vollstreckungen fanden in bisher ungekannter Frequenz statt. Auch hierin muss man Anzeichen des innenpolitischen Machtkampfes sehen, da die Justiz der Regierung in ihrem innenpolitischen Öffnungsprozess klare Gren-

zen aufzeigt. Offiziellen Angaben zufolge werden 75 Prozent der Todesurteile (manche Quellen sprechen von 85 Prozent) wegen schwerwiegender Drogenkriminalität (Handel, Schmuggel, Geldwäsche) verhängt, weshalb es aus Kreisen des Parlaments und der Justiz Ansätze gibt, das Strafmaß bei Drogendelikten zu lindern. Auch der Menschenrechtsbeauftragte Djavad Laridjani wies auf diese Notwendigkeit hin; und selbst der Sprecher und Vizechef der Justiz, Gholam-Hossein Mohseni-Eje'i, räumte ein, dass die Zahl der Hinrichtungen keinen Rückgang der Drogenkriminalität erreicht hätten. Sofern sich aus dieser Erkenntnis tatsächlich Gesetzesänderungen entwickeln sollten, könnte dies zu einer zahlenmäßigen Minderung der Hinrichtungszahlen führen.

Die Situation von Frauen in der Islamischen Republik hat sich bei Fragen der politischen Präsenz etwas gebessert. Zwar ist die Anzahl weiblicher Parlamentarierinnen mit 17 von 290 Abgeordneten immer noch sehr gering, jedoch ist hier zumindest ein deutlicher Zuwachs von 9 auf 17 Mandatsträgerinnen nach den letzten Parlamentswahlen 2016 zu verzeichnen. Ihre Aufgabe ist es nun, im Parlament für eine verbesserte Gesetzeslage für Frauen einzutreten und diese durchzusetzen. Dafür müssen sie aber nicht nur eine Mehrheit im Parlament generieren, sondern ebenfalls die Verabschiedung der Gesetzesentwürfe vom Wächterrat erreichen. Dies zeigt, wie schwierig ihre Aufgabe ist. Die Vizepräsidentin für Frauen- und Familienangelegenheiten Shahindocht Molaverdi setzt sich seit ihrer Amtsübernahme 2013 in den Bereichen Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe für die Gleichstellung der Frau ein. Doch gerade im Erb-, Familien- und Strafrecht ist noch viel zu leisten. Viele Bürger_innen erhoffen sich von der höheren Anzahl weiblicher Abgeordneter und der reformorientierten Mehrheit von 122 Sitzen weitere Veränderungen.

Was die Situation der Minderheiten betrifft, gibt es sowohl positive Entwicklungen als auch fortwährende Missstände. Hassan Rouhani ernannte nach seinem Amtsantritt den ehemaligen Geheimdienstminister Ali Younesi zum Sonderbeauftragten für die Angelegenheiten von Minderheiten. Als wichtigste Errungenschaft in diesem Bereich kann wohl die Schulzulassung von Kindern illegaler afghanischer Einwander_innen betrachtet werden. Der Zugang zur Bildung gibt ihnen nun die Chance, Teil der iranischen Gesellschaft zu werden. Auch dem Revolutionsführer war diese Gesetzesänderung wichtig. Er sprach sich mit einem Dekret (*fatwa*)

5. Ali Djannati ist der Sohn des Wächterrats- und Expertenratsvorsitzenden Ayatollah Ahmad Djannati. Er steht jedoch dem Lager der Reformen politisch wesentlich näher als seinem erzkonservativen Vater.

für die sofortige Umsetzung aus. Darüber hinaus können jüdische Kinder seit gut einem Jahr samstags schulfrei bekommen, um ihren Sabbat abzuhalten. Auch jüdische Arbeitnehmer_innen können den Samstag als Ruhetag beantragen. Der Samstag ist in Iran der erste Wochentag, da das Wochenende auf Donnerstag und Freitag fällt. Zudem zollt die Regierung Rouhani der jüdischen Gemeinde Irans⁶ Respekt, indem sie beispielsweise ein Denkmal für die jüdischen Gefallenen des Iran-Irak-Krieges (1980–1988) errichten ließ. Zudem wird an jüdischen Feiertagen von Regierungsseite darauf geachtet, Grußbotschaften an die Juden und Jüdinnen des Landes zu senden.

Die Haltung gegenüber Israel bleibt indes unverändert. Obwohl dies in der westlichen Wahrnehmung keine zulässige Differenzierung ist, wird in Iran zwischen Antizionismus und Antisemitismus unterschieden und somit kein Widerspruch in der Feindseligkeit gegenüber dem Staat Israel und dem Respekt gegenüber dem Judentum gesehen. Ebenso unverändert bleibt die Situation der Bahai-Gemeinde in Iran. An ihrer Rechtsgrundlage hat sich nichts verändert: Ihnen bleibt die Anerkennung als Glaubensgemeinschaft verwehrt und damit die Ausübung ihrer Religion verboten.

Umkämpftes Wirtschaftswachstum

Die höchsten Erwartungen hatte Hassan Rouhani in Bezug auf einen möglichen Wirtschaftsaufschwung des Landes geweckt. Allerdings wurde hier kein gutes Erwartungsmanagement betrieben. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat nach dem Abschluss des Nuklearabkommens mit unverzüglich spürbaren Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse gerechnet. Doch eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung braucht wesentlich mehr Zeit. Einige Indikatoren weisen auf vielversprechende Entwicklungen hin. Laut Regierungschef Mohammad Nahavandian verzeichnete die Islamische Republik im ersten Halbjahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent. Die *Economist Intelligence Unit* sagt dem Land ab dem laufenden Jahr ein Wachstum von sechs Prozent voraus. Unter der Vorgängerregierung lag der Wert im Januar 2013 noch bei –6,8 Prozent. Darüber

6. Angaben über die Größe der jüdischen Gemeinde Irans schwanken zwischen 10.000 und 25.000. Die jüdische Gemeinde Irans gilt als größte jüdische Gemeinde im Nahen- und Mittleren Osten außerhalb Israels.

hinaus konnte die Regierung Rouhani die Inflationsrate in den vergangenen drei Jahren von 34,7 auf 8,9 Prozent senken. Die Arbeitslosenquote ist offiziellen Angaben zufolge in 2016 auf zehn Prozent gesunken. Bei der Amtsübernahme Rouhanis im Jahr 2013 lag sie noch bei 13 Prozent.

Die durch die Implementierung des Nuklearabkommens wieder aufgenommenen Außenhandelsbeziehungen zielen besonders darauf ab, dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen – vor allem für junge Menschen. Doch bis die zahlreichen Absichtserklärungen zwischen iranischen und ausländischen Unternehmen zu tatsächlichen Projekten werden, die Arbeitsplätze schaffen, werden noch Monate bis Jahre vergehen. Besonders die großen Infrastrukturprojekte sind viel versprechend – wie zum Beispiel der Ausbau eines Handelshafens in Chabahar in der südöstlichen Provinz Sistan-Balutschistan. Ansonsten weisen die petrochemische Industrie, die Öl- und Gasindustrie, die Agrarwirtschaft sowie die Tourismusbranche beste Voraussetzungen für einen absehbaren Aufschwung auf.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Zukunft des Landes hat Revolutionsführer Ayatollah Chamenei die »Wirtschaft des Widerstands« (*eghtesad-e moghavemati*) vorgegeben. Somit muss der Fokus der Regierungsprogramme auf dem Ankurbeln der eigenen Produktion, der Förderung eigener Arbeitskräfte sowie der Sicherung der Unabhängigkeit von ausländischen Unternehmen liegen. Mit anderen Worten: Investitionen aus dem Ausland sollen einhergehen mit Programmen zum Kapazitätsaufbau eigener Expert_innen und Arbeitskräfte sowie unter Einbezug iranischer Geschäftspartner_innen in Form von *Joint Ventures*. Gesetzlich ist es zwar einem ausländischen Unternehmer erlaubt, 100 Prozent Anteile an einer in Iran gegründeten Firma zu besitzen, iranische Offizielle weisen jedoch unermüdlich darauf hin, dass ein *Joint Venture* in allen Branchen das bevorzugte Modell wirtschaftlichen Handelns mit ausländischen Partnern ist.

Finanzminister Ali Tayebnia spricht laut der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA von derzeit abgeschlossenen *Joint Ventures* im Wert von 70 Milliarden US-Dollar. Das Potenzial ist indes viel größer. Aufgrund der vielen Unbekannten, die am Wirtschaftsstandort Iran für ausländischen Unternehmen bestehen, braucht die Zusammenkunft ausländischer und iranischer Unternehmen jedoch entsprechend mehr Zeit. Die verschiedenen Prüf-

verfahren (»*due diligence*«) sind für ausländische Unternehmen hochkomplex, in Iran schwer durchführbar und daher sehr zeitaufwendig.

Die Sanktionsjahre haben den wirtschaftlichen Wettbewerb in Iran nahezu abgeschafft. Außenhandel war nur auf Staatswegen möglich. Die Außengrenzen des Landes an Flug- und Seehäfen standen unter Kontrolle der Revolutionsgarden. Somit konnten entweder nur staatliche Unternehmen oder solche mit besten Beziehungen zum Staat im Import- und Exportgeschäft tätig sein. Privaten Unternehmen fehlten neben dem Anschluss an ausländische Partner die eigene Infrastruktur sowie Finanzierungsmöglichkeiten, um aufwendige Projekte im Baugewerbe, im Transportwesen oder bei der Infrastruktur und Städteplanung durchzuführen. Unternehmergruppen, einzelne Unternehmen sowie Firmen aus dem Umfeld der Revolutionsgarden konnten sich so eine Position in vielen Wirtschaftsbranchen sichern, die sie nicht aufzugeben bereit sind. Ihnen liegt daher nicht viel an mehr Wettbewerb und erhöhter Transparenz. Beides wiederum ist für ausländische Unternehmen wichtig, wenn sie in Iran tätig werden wollen.

Aufhebung der Sanktionen nur als Teil der Lösung

All diese Probleme des Wirtschaftsstandorts Iran musste Hassan Rouhani im Vorfeld des Nuklearabkommens in Verbindung zum internationalen Sanktionsregime setzen. Nur so konnte er eine breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Abkommens überzeugen. Infolge des Abkommens wurden zum einen jedoch nur die Sanktionen aufgehoben, die sich auf das iranische Nuklearprogramm bezogen,⁷ zum anderen blieben hausgemachte Probleme wie Missmanagement, Intransparenz und Korruption weiterhin bestehen. Daher muss Rouhani nun eine neue Kommunikationsstrategie wählen, die der Bevölkerung vermittelt, dass die Wirtschaft des Landes ihr Heil eben nicht nur in der Aufhebung der Sanktionen finden wird, sondern auch und vor allem in der internen Bekämpfung der Korruption und Vetternwirtschaft. Internationalen Beobachter_innen zufolge ist das iranische Bankensystem den globalen Standards

7. Weitere US-Sanktionen, die auf Basis des Vorwurfs der Terrorismusunterstützung und Verletzung der Menschenrechte fußen, bestehen auch nach dem Nuklearabkommen. So bleiben zahlreiche Unternehmen, Institutionen und Einzelakteure weiterhin auf der Sanktionsliste verzeichnet.

noch nicht gewachsen. Einige iranische Banken unternehmen erste Reformschritte, indem sie zum Beispiel die Erfüllung der Kriterien der *Financial Action Task Force* (FATF) anstreben. Da dies aber bedeutet, dass sie den Revolutionsgarden nahestehenden Unternehmen keine Kredite mehr gewähren können, kommt derzeit auch hier heftige Kritik aus konservativen Kreisen auf.

Rouhani muss als Regierungschef den notwendigen politischen Willen und die Standhaftigkeit zeigen, um gegen mächtige Wirtschaftskonglomerate vorzugehen. Diese sind entweder in Staatshand, kommen aus dem Umfeld der Revolutionsgarden oder sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht als private Unternehmen politisch sehr einflussreich. Aus diesem Grund bleibt Rouhani nur der Weg eines Arrangements mit diesen Unternehmen. Kein Staatpräsident wird sie aus der Wirtschaft des Landes verbannen können. Dafür steht hinter diesen Firmen eine zu mächtige Interessengruppe. Diese setzt sich neben den Unternehmern selbst aus einflussreichen Geistlichen, Vertretern des Militärs und dessen Fürsprechern in verschiedenen Ministerien sowie staatlichen Behörden zusammen. Eine mögliche Lösung wäre, dass vornehmlich Großprojekte – vor allem im Bereich der Infrastruktur – bei diesen Unternehmen blieben, während sie sich aus kleineren Sektoren zurückziehen und Wettbewerb zulassen würden.

Für diesen Prozess wird Rouhani die Unterstützung des Revolutionsführers selbst benötigen. Sofern Ayatollah Chamenei das Gefühl hat, dass Rouhani die wirtschaftliche Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit merklich zu verbessern vermag, wird er die Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützen. Doch sobald der Verdacht aufkommt, die Regierungsvertreter würden sich und ihre Verbündeten im Zuge der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen bereichern, wird Ayatollah Chamenei den Druck auf Rouhani erhöhen. Die Veröffentlichung der von der Regierung genehmigten hohen Gehälter von Funktionären im Banken- und Versicherungswesen, hat Rouhani und seinem Team einen schweren Schlag versetzt, von dem sie sich nur langsam erholen. Sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf politischer Ebene gibt es massive Kritik daran, dass diese Funktionäre teilweise das Zehnfache von Ministern verdienen. Gemessen an internationalen Standards sind solche Verhältnisse gar nicht ungewöhnlich; in Iran wird hierin hingegen eine Selbstbereicherung von regierungsnahen Wirtschaftsexperten gesehen.

Diese Kritik am Wirtschaftsteam von Rouhani vermischt sich mit der Unzufriedenheit über das Verhalten großer ausländischer Banken und Unternehmen. Diese bleiben auch nach dem Nuklearabkommen vorsichtig. Sie alle betonen, dass es seitens der US-Finanzbehörde *Office for Foreign Asset Control* (OFAC) keine eindeutige Regulierung für zulässige Geschäfte mit Iran gibt. Deshalb fürchten internationale Unternehmen um ihr Amerika-Geschäft sowie empfindliche Geldbußen, sollten sie Iran als Markt für sich entdecken, und halten sich daher weiterhin zurück.

In Iran wird das Verhalten der OFAC als Sabotage des Nuklearabkommens gedeutet. Die Sanktionen seien auf dem Papier zwar aufgehoben und ausgesetzt, doch werde internationalen Unternehmen weiterhin keine rechtliche Sicherheit für einen Markteintritt in Iran gegeben. Im selben Licht wird der Beschluss des US-Kongresses gesehen, dass sämtliche Reisende in die USA – auch diejenigen, die eigentlich kein Visum benötigen – ein solches beantragen müssen, sofern sie in den vergangenen fünf Jahren in Iran eingereist sind. Dies wird als Eingriff in die Mobilität internationaler Geschäftsleute gedeutet, die wenig Interesse daran haben, ihre USA-Reisen durch geschäftliche Tätigkeiten in Iran zu verkomplizieren.

Hier tritt das Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Aspekten des Nuklearabkommens zutage. Einerseits weist das Abkommen technische und juristische Aspekte auf, die recht eindeutig zu bemessen und zu überprüfen sind, andererseits beinhaltet es aber auch politisch-psychologische Dimensionen, die sehr stark von den involvierten politischen Akteuren und dem von ihnen erzeugten politischen Klima abhängen.

So ist beispielsweise einfach zu verifizieren, dass Iran bis auf 5.000 alle weiteren Zentrifugen außer Kraft gesetzt hat. Ebenso ist nachvollziehbar, dass Iran nicht mehr als 300 Kilogramm niedrig angereichertes Uran im Land behalten und den Rest außer Landes geschafft hat. Mit der IAEA gibt es zudem eine unabhängige internationale Behörde, die mit den notwendigen Kontroll- und Verifikationsmaßnahmen beauftragt ist. Auf der anderen Seite kann aufgezeigt werden, dass Gesetzestexte geändert und neue UN-Sicherheitsresolutionen verabschiedet wurden, mit denen ein Ende der Sanktionen einhergeht. Doch der politische und psychologische Effekt, der notwendig wäre, um internationale Unternehmen nach Iran zu locken, kann nur bedingt gesetzlich herbeige-

führt werden. Hierbei spielt auch das politische Klima eine entscheidende Rolle. So gibt es sowohl in den USA und in Iran als auch natürlich in Saudi-Arabien und Israel einige einflussreiche Gegner des Abkommens, die durch unversöhnliche Rhetorik dem positiven politischen und psychologischen Effekt entgegenwirken und den Geist dieses politischen Abkommens untergraben.

Rückkehr der Populisten in Iran?

Die Zunahme der Komplexitäten des Nuklearabkommens ruft auch in Iran Populisten auf den Plan. Zu ihnen gehört der ehemalige Staatspräsident Mahmoud Ahmadinejad. Er reist durch das Land, hält sehr gut besuchte Vorträge und kritisiert die Regierung Rouhani scharf. Ahmadinejad profitiert davon, dass die Regierung zu hohe Erwartungen an das Abkommen geknüpft hat, sodass es für ihn nun ein Leichtes ist, Kritik zu üben, da sich noch keine wesentlichen Verbesserungen der Lebensverhältnisse für die einfachen Bürger_innen eingestellt haben. Trotzdem hat Ahmadinejad keine ernsthaften Chancen auf eine Rückkehr ins Präsidentenamt. Man darf in der (iranischen) Politik zwar nichts ausschließen, doch der Misskredit, in den sich Ahmadinejad bei Revolutionsführer Ayatollah Chamenei und weiteren ranghohen Offiziellen während seiner Präsidentschaft manövriert hat, wiegt heute noch schwer. Und so überrascht es nicht, dass Revolutionsführer Chamenei öffentlich Ahmadinejad davon abgeraten hat, 2017 zu kandidieren.⁸ Daher ist nicht davon auszugehen, dass er zu einer Kandidatur 2017 zugelassen würde. Dieser »Empfehlung« des Revolutionsführers wird der Wächterrat folgen und Ahmadinejad im Falle einer Kandidatur disqualifizieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man ihn daran hindern könnte, gegen die Regierung Stimmung zu machen und sie unter Druck zu setzen. Schließlich gilt er weiterhin als einer der wenigen im Spektrum der Prinzipientreuen, der tatsächlich Wählerstimmen mobilisieren kann. Nur für sich selbst wird er dies nicht mehr tun dürfen. Möglich ist schließlich, dass seine wie ein Wahlkampf wirkenden Auftritte an verschiedenen Orten des Landes auf die parallel zur Präsidentschaftswahl stattfindenden Kommunalratswahlen abzielen. Seine politische Karriere begann in diesen lokalen Behörden.

8. Vgl. Erdbrink, Thomas (2016): »Iran's Supreme Leader Advises Ahmadinejad Not to Run for President«, in: *New York Times*; http://www.nytimes.com/2016/09/27/world/middleeast/iran-ayatollah-ali-khamenei-mahmoud-ahmadinejad.html?_r=0.

Gegenkandidaten Rouhanis 2017

Auch wenn die Diskussionen um die Errungenschaften und Herausforderungen der Rouhani-Regierung bereits auf Hochtouren laufen, sind bisher kaum Gegenkandidaten für die Wahl 2017 im Gespräch. Zwar kursiert der Name Mahmoud Ahmadinejads, doch wird dieser, wie oben skizziert, kaum die Barrieren für eine Kandidatur überwinden können.

Immer wieder wird in internationalen Meinungspapieren auch die Möglichkeit einer Kandidatur des Kuds-Brigadengenerals⁹ Ghassem Soleimani genannt. Schließlich zeigen Umfragewerte in Iran, dass er aufgrund seines Kampfes gegen die Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS) in der iranischen Bevölkerung sehr beliebt ist. Allerdings ist Soleimani eindeutig ein Mann des Militärs, sodass kaum denkbar ist, dass er sich als solcher in die Politik begeben und ausschließlich administrative Aufgaben annehmen würde. In einem am 15. September 2016 veröffentlichten Schreiben beteuert Soleimani zudem, ein »Soldat niedrigsten Ranges« (*sarbaz-e sefr*) zu sein und als solcher auf Lebenszeit dienen zu wollen. Dies kann in dieser Wortwahl als klare Absage gegen eine mögliche politische Rolle gelesen werden. Zudem ist keineswegs davon auszugehen, dass Soleimani in der Politik die gleiche Beliebtheit in der Bevölkerung genießen würde wie als General.

Vielmehr ist damit zu rechnen, dass bei der Präsidentschaftswahl 2017 der Teheraner Bürgermeister Mohammad Bagher Ghalibaf als Kandidat ins Rennen gehen wird. Daneben dürfte Ali Akbar Velayati, ehemaliger Außenminister und außenpolitischer Berater des Revolutionsführers, wieder kandidieren. Der ehemalige General der Revolutionsgarden und wiederkehrende Präsidentschaftskandidat Mohsen Rezaei hat sich indes aus der Politik zurückgezogen.

Mit Blick auf die generelle Ausrichtung der Islamischen Republik, die einen Zwischenweg zwischen Reformern und Prinzipientreuen sucht, spricht vieles dafür, dass aus dem neuen Lager der politischen Mitte, den Moderaten (*e'tedaliun*), ein Kandidat in Erscheinung treten wird. Hierbei können sich der Parlamentspräsident Ali Laridjani und der Chef der iranischen Atomenergieorganisa-

tion Ali Akbar Salehi sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene gute Chancen ausrechnen. Ihre Kandidatur wird jedoch stark von der politischen Situation Hassan Rouhanis abhängen. Es ist unwahrscheinlich, dass sie ihn herausfordern würden, sollte Rouhani in solider politischer Verfassung zur Wiederwahl antreten.

Um Wählerstimmen zu sichern, wird Rouhani bis zum Frühjahr 2017 deutlich sichtbare wirtschaftliche Verbesserungen vorzeigen müssen. Der Abschluss des Nuklearabkommens muss im Geldbeutel der einfachen Bürger_innen spürbar werden. Hassan Rouhani ist kein »Mann des Volkes«. Dies merkt man allein an der ihm fehlenden Fähigkeit, die Bürger_innen davon zu überzeugen, dass der Wirtschaftsaufschwung seine Zeit beanspruchen wird. Doch wird sein Erfolg zuallererst an einer Wirtschaftspolitik für das Volk gemessen werden. Das Streichen von Subventionen für Treibstoff, wie im August 2016 beschlossen, ist aus Sicht von Wirtschafts- und Umweltexperten sicher richtig; für die einfachen Bürger_innen ist eine solche Maßnahme jedoch ein spürbarer Einschnitt.

Ohne die Unterstützung des Reformpräsidenten Mohammad Chatami hätte Hassan Rouhani 2013 nicht die notwendige Popularität erreicht, um die Wahl zu gewinnen. Somit wird Rouhani auch 2017 von der Unterstützung des Reformlagers abhängig sein. Diese wird er jedoch nur erhalten, wenn er ihre Forderung zur Verbesserung der Bürgerrechte glaubwürdig vertritt. Rouhanis Gegner wissen das und versuchen daher mit fortwährender Repression einen Keil zwischen ihn und die Reformen zu treiben. Bei der Parlaments- und Expertenratswahl 2016 ist dies noch nicht gelungen; 2017 wird jedoch erneut abgerechnet.

Externe Einflussgrößen

Der weitere Verlauf der Implementierungsphase des Nuklearabkommens wird in den kommenden Monaten für die Position Rouhanis entscheidend sein. Hierbei sind auch die Präsidentschaftswahlen in den USA am 8. November 2016 von großer Bedeutung. Hillary Clinton wird als Demokratin sicherlich keine der wichtigsten politischen Errungenschaften ihres Parteikollegen Barack Obama torpedieren. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass sie den »*spirit of the deal*« – jene politische und psychologische Dimension des Abkommens – genauso

9. Die Kuds-Brigaden sind eine Eliteeinheit der Revolutionsgarden. Sie sind spezialisiert auf Auslandseinsätze und stehen unter der Leitung des Generals Ghassem Soleimani.

unermüdlich stärken wird, wie es Obama und sein Außenminister John Kerry getan haben. Daher wird bei einer Wahl Clintons kein positiver Druck zur reibungslosen Implementierung des Abkommens zu erwarten sein. Das sie jedoch ein Scheitern des Abkommens riskieren würde, ist stark zu bezweifeln.

Donald Trump hatte angekündigt, das Abkommen »in Stücke zu reißen«, sollte er gewählt werden. Allerdings wurden bereits Stimmen laut, die daran zweifeln, dass er eine solche Haltung auch als Präsident einnehmen würde. Es ist schwer vorauszusagen, welchen Weg er wählen wird. Zwei Szenarien scheinen denkbar: Entweder der Geschäftsmann Trump schert sich nicht um die politischen Befindlichkeiten gegenüber der Islamischen Republik und öffnet Wege für verbesserte Geschäftsbeziehungen – bilateral wohlgermerkt – oder der Provokateur Trump steuert auf eine Wiederbelebung der »Axis of Evil«-Politik von George W. Bush zu. Diese Klassifizierung hatte zum damaligen Zeitpunkt zu einer massiven Radikalisierung und Militarisierung der Politik geführt, da man einen Einmarsch der USA fürchtete. In einem solchen Szenario hätte es Rouhani mit seiner auf Annäherung setzenden Außenpolitik sehr schwer, und sein Außenminister Djavad Zarif könnte vermutlich nicht länger im Amt bleiben.

Darüber hinaus wird zu beobachten sein, inwieweit Saudi-Arabien seine Anti-Iran-Politik im Nahen und Mittleren Osten fortsetzt. Der offene Antagonismus gegenüber Teheran hat mittlerweile dazu geführt, dass Mohammad Ali Djalari, der Kommandeur der Revolutionsgarden, das Königreich Saudi-Arabien offen als »Feind« bezeichnet hat. Bislang fiel dieses Wort jedoch bei keinem iranischen Offiziellen im Zusammenhang mit Saudi-Arabien; eine offene Konfrontation beider Regionalmächte jenseits der Stellvertreterkonflikte bleibt daher weiter unwahrscheinlich.

Allerdings wurde die Regierung Rouhani bereits dafür kritisiert, zu versöhnlich auf Riad zugegangen zu sein. Teheran könnte sich also dazu veranlasst sehen, seinerseits die Rhetorik gegenüber Saudi-Arabien zu verschärfen. Auch das widerspricht der grundlegenden außenpolitischen Haltung Rouhanis, auf internationaler Bühne auf eine »win-win«-Strategie und auf Partnerschaften zu setzen. Um also die innenpolitische Stimmung zu bedienen, muss Rouhani unter Umständen einen aggressiveren Ton in der Regionalpolitik ansetzen.

Was kann die deutsche Politik tun?

Kaum ein Land genießt gesellschaftlich, politisch, kulturell und wirtschaftlich eine so gute Position in Iran wie Deutschland. Das sollte Berlin nutzen. Gerade mit Blick auf weiterhin bestehende politische Divergenzen ist es unabdingbar, den Austausch über bestehende Gesprächskanäle mit Teheran zu suchen.

Deutschland kann eine positive Rolle dabei spielen, die politische und psychologische Dimension des Nuklearabkommens zu stärken und den multilateralen Charakter des Abkommens zu betonen. Die Intensivierung der deutsch-iranischen Handelsbeziehungen sollte auch als eine Möglichkeit gesehen werden, die Lebensverhältnisse für die 80 Millionen Iraner_innen merklich zu verbessern. Schließlich werden sie die Nutznießer der infrastrukturellen und industriellen Modernisierung des Landes sein. Dies erfordert weiter anhaltende Ermutigungen deutscher Unternehmen für den Markteintritt in Iran.

Die wirtschaftliche Tätigkeit sollte zudem mit mittel- und langfristig ausgerichteten *Capacity-Building*-Maßnahmen für lokale Arbeitskräfte und Expert_innen einhergehen. Eine solche entwicklungspolitische Dimension kann auch durch die Förderung universitärer Austauschprogramme, wie sie der Deutsche Akademische Austauschdienst und einige Universitäten durchführen, erreicht werden.

Deutschlands Politik im Mittleren Osten steht wesentlich weniger unter dem Verdacht, imperialistische Ambitionen zu verfolgen als zum Beispiel die der USA, Großbritanniens, Frankreichs oder Russlands. Auch aus diesem Grund sollte Deutschland weiterhin versuchen, im Dialog mit Teheran gemeinsame Ziele in der Region zu entwickeln und eine Zusammenarbeit beispielsweise zur Stabilisierung Afghanistans zu suchen. Ein solcher Fokus auf gemeinsame Interessen würde der Regierung Rouhani ermöglichen, die Interessenkonvergenzen aufzuzeigen, die eine außenpolitische Öffnung mit westlichen Mächten zulässt.

Bei Gesprächen mit Iran über die Konflikte in der Region des Nahen und Mittleren Ostens ist es unabdingbar, die Sicherheitsinteressen Teherans zu ergründen, ernst zu nehmen und in den politischen Aushandlungsprozess einzubeziehen. Hierbei kann Berlin den schwierigen



Ausgleich zwischen Teheran und Riad unterstützen. Der Ansatz von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, stets beide Länder gleichzeitig zu besuchen, ist auf der iranischen Seite bislang auf Zuspruch gestoßen. Im Lichte des sich weiter verschlechternden Klimas zwischen diesen beiden Regionalmächten sollten die Vermittlungsbemühungen und Gespräche mit beiden Seiten jedoch intensiviert werden.



Über den Autor

Adnan Tabatabai absolvierte seinen Masterstudiengang MSc Middle East Politics an der School of Oriental and African Studies / University of London. Er ist Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur sozial- und politikwissenschaftlichen Betrachtung der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Seit 2009 berät er in Iran-Angelegenheiten Bundesministerien, Bundestag, politische Stiftungen und Publizisten und veröffentlicht regelmäßig politische Analysen und Kommentare in deutsch- und englischsprachigen Medien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: +49-30-269-35-7420 | Fax: +49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-95861-599-1